

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

53. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 15. April 1915

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Verammlungs-, Vergütungsinferale usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 42

### Aus dem Inhalte dieser Nummer:

**Wochenschau:** Die erste Hälfte des April; Die amerikanische „Neutralität“ als Ursache der Verlängerung des Krieges; Die Streikbewegung unter den englischen Arbeitern; Schwindeln bei Seeresieferungen; Vorbild bei Briefen und Karten an deutsche Kriegsgefangene und unsere Feldgrauen an der Front; Zwei Urteile über deutsche und französische Zustände; Leute von kurzem Geiste; Erhöhung der Druck-, Abonnements- und Inseratenpreise; Hilfe für die Schriftgießereien; Soldatliche Abweisung einer Pflanzarbeit als Zeitungsbillette; Ausgleich in den Arbeitskräften; 2473429 Mh. Arbeitslosenunterstützung.

**Das Buchgewerbe im Auslande:** Deutsche Schweiz. — Frankreich. Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht; Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts für das Jahr 1914.

**Korrespondenzen:** Königsberg i. Pr. (M.-S.). — Leipzig. — Ludwigshafen a. Rh. — München.

**Rundschau:** Von Buchdruckern im Kriege. — Metallvermittlung für das graphische Gewerbe. — Die deutsche Professionsur. — Mittelschichtskämpfe im Hilfsarbeiterverband. — Rechtliche Nachteile ungenügender Sachausbildung. — Zuständigkeitsverteilung bei der Anstellung für Anorganikerte. — Warenpreis und Konkurrenz im Kleinhandel. — Die eigentliche Triebfeder des Handels.

### Wochenschau

Die erste Hälfte des April hat es zur Gewissheit gemacht, daß im Westen von den drei Alliierten das Glück abermals mit einer großen Offensive verknüpft wird. Die Kampffront läuft zwischen Maas und Mosel. Die Festungen Verdun und Toul sind die beiden Stützpunkte der französischen Heeresleistung. Maßgeblich ihr Ziel. Der Schluß der neuen Kriegsergebnisse ist also der deutschen Offiziere ziemlich nahegerückt. Vorher hat das Oberkommando in Deutschland schon in wenigen Wochen prophezeit. Bis jetzt weisen die Gefechte und Kämpfe der neuen Offensive aber viel Ähnlichkeit mit denen in der Champagne auf: die schrecklichen Opfer der Franzosen werden umsonst gebracht, der Durchbruch will nicht gelingen. In dem schlimmen Westgebiete haben ebenfalls heftige Kämpfe stattgefunden; den Engländern und Belgiern ist die Ueberwindung der Deutschen nicht gelungen; im Gegenteil konnten unsere Truppen einiges Terrain gewinnen.

Im Osten nahm das Hauptinteresse die riesige Kampfschlacht gefangen. Was die Russen da an Menschenmaterial den Österreichisch-ungarischen und den deutschen Truppen geradezu verbrochen entgegenwarfen, ist unbeschreiblich. Jetzt kann gesagt werden, daß die russische Offensive zum Stehen gebracht worden ist. Vielmehr hat dieses lange fürchterliche Ringen dadurch nun den Höhepunkt überschritten, und der russische Rückschlag ist bald offenbar. In Nordpolen wurde erfolgreich ein Vorstoß von deutscher Seite unternommen.

Zur See hat Deutschland den recht schmerzlichen Verlust von U 29, das den berühmten Führer von U 9, Weddigen, zum Kommandanten hatte, und welches durch seine besondere Größe und sein bisheriges Aufstreben zu den besten Erwartungen berechtigste, zu verzeichnen. Es ist mit der ganzen Belohnung aus bisher noch nicht auf geklärt Ursache untergegangen. Im ganzen hat Deutschland nun fünf U-Boote seit Kriegsbeginn eingebüßt. Entgegen der bisherigen Annahme und ungeachtet der Ermahnungen aus dem eignen Lande — aber das frantzösische Schreckensbild Heré klatschte Belfall wie toll — läßt die dickköpfige englische Regierung die gefangenen genötmigte Belohnung zweier deutscher U-Boote doch wie gewöhnliche Gefangene behandeln. Darauf hat die deutsche Regierung die für diesen Fall angebotene Vergütungsmahnahme zur Ausführung gebracht und ließ 39 englische Offiziere ohne Ansehen der Person in Militärgefängnisse stecken. Das Verhalten Englands in dieser Angelegenheit ist ebenso skandalös wie das der französischen Regierung, die unter den in Konzentrationslagern untergebrachten deutschen Zivilgefangenen Anwerbungen für die Fremdenlegion vornehmen läßt.

Unter an den Dardanellen scheitern die Engländer, Franzosen und Russen das Spiel einstweilen aufzugeben zu haben. Man will erst große Landungskörper ansammeln. Der Dreiverband hat bei den Balkanstaaten also weiser und klüger an Ansehen eingebüßt. Der jetzt

auf Bulgarien ausgeübte Druck wegen eines Grenzzwischenfalls mit Serbien wird daher nicht ernst genommen.

In deutscher Gefangenenschaft befanden sich am 1. April 812808 Russen, Franzosen, Belgier und Engländer. Offiziere befinden sich darunter 10175. An Geflüchten waren bis Anfang März 5510 von den Deutschen erobert; die Belgier mußten allein 3300 lassen. Festungen sind im ganzen zehn eingenommen worden. Deutschland und Österreich zusammen haben dagegen nur eine verloren (Przemysl), wenn von Singtau, als nicht zum europäischen Kriegsspiel gehörend, abgesehen wird.

Der Papst hat sich für eine Friedensvermittlung durch die Vereinigten Staaten einem amerikanischen Journalisten gegenüber ausgesprochen. Eine Vertrauensperson von Wilson soll in Deutschland vordem persönlich angefragt haben und natürlich auch anderswo. So wünschenswert eine solche Aktion mit Unterstützung des Papstes wäre, kann man die Unethischheit des offiziellen Amerika nicht gerade als eine für einen Friedensvermittler günstige und der Sache dienliche Eigenschaft ansehen.

Die amerikanische „Neutralität“ als Ursache der Verlängerung des Krieges kann als unzweifelhaft gelten. In der feststehenden Tatsache, daß die Vereinigten Staaten den Gegnern Deutschlands allen Kriegsbedarf in größtem Umfange liefern, natürlich für recht schweres Geld, ist von neuem die Mitteilung gekommen, daß dort auch U-Boote für England gebaut werden. Man dementiert dies zwar, Amerika vergrößere nur die Zahl seiner U-Boote, allein sofort traten die Meldungen von dieser Neutralitäts„erweiterung“ um so positiver auf. Amerika liefert aber auch dem Dreiverband und den neutralen Ländern Lebensmittel, während Deutschland leer ausgeht. Viele amerikanischen Gepflogenheiten haben im eignen Lande schon viel Empörung hervorgerufen. Von dem Plane, Tausende von Professorensammlungen gegen die alle Neutralität zu Boden schlagende Unschamheit der amerikanischen Regierung gegenüber den an den Kriegslieferungen beteiligten Finanzen und Industriekreisen abzuhalten, wurde in der letztmaligen „Wochenschau“ Kenntnis gegeben. Zugewinnen ist von einem andern Protest ausgehenden Mahes Kunde zu uns gekommen. In großen Blättern ist in der Form eines Interats ein Aufruf veröffentlicht worden, in welchem die Forderung erhoben wird, daß die Ausfuhr von Munition und Waffen nach den kriegsführenden Ländern eingestellt werde. Der Aufruf ist von 400 Herausgebern nichtigenge Zeitungen und Zeitschriften unterschrieben. Er wendet sich an das ganze amerikanische Volk, besonders aber an die Arbeiter, die Munition anfertigen, und protestiert gegen die Lieferung amerikanischen Pulvers, amerikanischer Kanonen und Schrapnells, die dazu dienen, das Leben von Angehörigen eines großen Teils der Väter jener Blätter zu vernichten. Von den Unterzeichnern sind, wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilen konnte, die meisten Herausgeber italienischer Blätter, dann folgen der Zahl nach jüdische, polnische und ungarische Blätter, weiter sind fast alle neutralen Länder vertreten; auch französische, japanische und russische Herausgeber fehlen nicht. Die „Frankfurter Zeitung“ meldete kurz darauf, die Deutsch-Amerikaner würden versuchen, die Arbeiter der Munitionsfabriken zum Streik zu bewegen, wenn die Ausfuhr von Munition und Kriegsmaterial aus den Vereinigten Staaten nicht verboten werde. In der laufenden Woche hat uns dann noch die Nachricht erreicht, daß die Vorstände amerikanischer Gewerkschaften angeordnet hätten, Munition für die kriegsführenden Länder dürfen ihre Mitglieder nicht länger mehr anfertigen. Wir bezweifeln die Nichtigkeit dieser Meldung; nicht am letzten deshalb, weil in den Vereinigten Staaten außer in der Rüstungsindustrie die Konjunktur allgemein schlecht ist. Präsident Wilson, vor allem aber der nicht in besten politischen Verhältnissen stehende, dafür jedoch sehr einflußreiche Staatssekretär Bryan vertreten den monströsen Standpunkt, wahre Neutralität sei, wenn ein Staat sich um die Handelsgeschäfte seiner Einwohner ebensowenig kümmern wie um ihre Sympathien oder Antipathien den Krieg-

führenden gegenüber. Das hat ihnen schon viel Angriffe eingetragen, wie die Kriegslieferanten die Wahrheit über ihr Tun in allen Tonarten zu hören bekommen haben. So schrieb ein deutsch-amerikanischer Zeitschriftverleger in einer kernigen Epistel über das „schamlose Treiben unserer mammonistischen Leichenfledderer“:

Wahrlich, wir alle haben es doch zu einer wunderschönen, hohen Kulturstufe gebracht! Wir haben es uns abgewöhnt, notorische Schurken an den nächsten Laternenpfahl aufzuhängen; wir besen des Sonntags um Frieden und stecken für Waffenlieferungen zum Krieg an den sechs Wochentagen so viel Geld ein, als wir nur ergattern können; der Umstand, daß Blut daran klebt und Leiden es belasten, geniert uns nicht.

Was Wilson und Bryan an den Kopf geworfen wird, vermag der simple deutsche Untertanenverstand nicht zu fassen. Aber auch ein Amerikaner, der eine soziale Zeitschrift herausgibt, hat schon vor dem Professe der 400 Zeitungsverleger öffentlich ausgesprochen, daß Amerika durch seine Kriegslieferungen für die Fortdauer des Krieges verantwortlich zu machen ist. Er fällt dann folgendes Urteil:

Wenn das amerikanische Kapital ein so großes Interesse am Kriege haben wird, so wird unvermeidlich das amerikanische Gewissen betäubt, amerikanische Augen werden gebendelt und amerikanischer Einfluß für den Frieden gelähmt werden. Das amerikanische Urteil über den Krieg wird jeden Wert verlieren, die amerikanische Neutralität wird zum Spott, und amerikanische Gebete für den Frieden werden zur Gotteslästerung.

Die ausmalige Bezugnahme auf Friedensgebete bilden eine lästige Krönung auf den vom Präsidenten schon vor längerer Zeit angeordneten Befehl um Frieden. Auf einer Konferenz der methodistischen Kirche ist erst kürzlich die Ansicht ausgesprochen worden, daß eine Verhinderung der Ausfuhr von Kriegsmunition und Kriegsvorräten die baldige Beendigung des Krieges zur Folge haben würde. In der Republik regiert aber weit mehr als anderswo das Kapital, und da wird es eines noch viel heftigeren Ansturms bedürfen, um die Wahrung der Neutralität durchzusetzen. Wenn es sich um das im Norden liegende, als Geldquelle aber nur unbedeutende Mexiko handeln würde, dann brauchte man die offizielle Formel: „Ein legales Geschäft darf nicht behindert werden“, nicht zu erfinden, da gäbe es schleunigst, wie gelchehen, Ausfuhrverbote.

Die neue amerikanische Antwortnote an England wegen der Maßnahmen Englands und Frankreichs zur Vernichtung des deutschen Handels legt zwar England (das „jetzt einen Flecken auf seine Handlungen fallen lassen wollte“) ins Unrecht, ohne jedoch Deutschland recht zu geben, aber von einer entschiedenen Haltung ist wieder nichts darin zu merken. Eine Anzahl amerikanischer Blätter hat einen besseren Kommentar dazu geschrieben. Man begegnet selbst der Ansicht, wenn England nicht einlenke, müsse Amerika zu den Waffen greifen. Ein Pittsburger Blatt meint, die beste Repressalie sei, alle Ausfuhr aus den Vereinigten Staaten aufzuheben, dann würde der Krieg in einer Weise beendet werden, wie man es in Europa nicht erwarten würde. In England stellt man sich mißgestimmt über die Antwort Amerikas, aber der Verlaß auf die über dem großen Leide bestimmenden Kräfte ist so sicher, daß der Gedanke einer Änderung der Politik gegenüber Deutschland und den neutralen Ländern gar nicht aufkommt — dank der amerikanischen „Neutralität“!

Die Streikbewegung unter den englischen Arbeitern hat in den letzten Wochen zu den widersprechendsten Ansichten, zu unzufriedenen Hoffnungen und auch ungeredeten Urteilen geführt. Es ist richtig, daß es in den verschiedensten Gewerben und Teilen Großbritanniens zu Rohndifferenzen gekommen ist, daß auch versucht wurde, von Freitag abend bis Montag früh die Arbeit einfach ruhen zu lassen. Sogar Totengräber, Konstabler und Gefängnisbeamte haben die Kriegskonjunktur ausgenutzt. Die stark zunehmende Teuerung hat so etwas wie ein allgemeines Streiklieber erzeugt. Aber von planmäßigem Vorgehen der Gewerkschaften kann nicht gesprochen werden;

es ist vielmehr Tatsache, daß sich die Organisationsstellungen gegen die Methode, aus dem Handgelenk etwas herauszuschlagen; gewandt haben, die bekanntlich den Nachteil hat, daß bei veränderter Geschäftslage ebenso schnell wieder entzogen wird. Nicht selten sogar mehr, als unter dem Druck der Stunde gegeben wurde. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß in den letzten Jahren in der englischen Arbeiterkassensystem die Tendenzen beträchtlich an Boden gewonnen und diese nicht zuletzt die Kreise der ungelerten Arbeiter ergriffen haben, die von den englischen Gewerkschaften viel zu lange vernachlässigt worden sind, diese Ungelernten aber je länger, je mehr an die Stelle der höher bezahlten Gelehrten in den Betrieben treten, die in großer Zahl den Rekrutierungswerbungen ihrer eignen Führer gefolgt sind, so hat man eine Erklärung für die jetzige Situation.

Die andre, wesentlichere ist jedoch die: Die englische Rüstungsindustrie steht unter allen kriegsführenden Ländern am schlechtesten da; die zur Hilfe herangezogenen Fabriken zeigen sich schwer anpassungsfähig; England ist deshalb am meisten auf Munitionslieferung aus Amerika angewiesen; der Mangel an Munition ist zu einer großen Salamität geworden, wenn nicht mehr. Da mußte denn gearbeitet werden ohne Ruh und ohne Kass, die Arbeiter wurden überanstrengt, und für einen freien Sonntag mußte die Gewerkschaftszentrale sich erst ganz kräftig ins Mittel legen. Dazu kam der Fehler der englischen Militärverwaltung, daß sie nicht sofort für angemessene Löhne und Arbeitsbedingungen bei den Seereslieferungen sorgte, wie es in Deutschland mit allgemeiner begründeter Nachdrücklichkeit geschah. Man ließ die Dinge vielmehr gehen, wie es die Fabrikanen wollten, bis dann mit einem Male der Kladderadass da war. Nun wurden, nicht allein in der Rüstungsindustrie, Schleds- und Verhöhnungsämter eingerichtet, die diese unangenehmen Erscheinungen, wozu auch die Differenzen wegen der Ungelernten und Frauen zählen, aus der Welt schaffen sollten durch angemessene Konzessionen, die meistens aber erheblich hinter den gestellten Forderungen zurückblieben. Sohe Regierungsmänner verhandelten mit den Arbeitern, auch wurde eine Kommission aus Vertretern der organisierten Arbeiter gebildet, welche der Regierung zur Erhöhung der Produktion von Kriegsmaterial zu Hilfe stehen soll. Während Kitchener, der englische Kriegsminister, mit Angriffen über all diese Vorgänge förmlich überhäuft wurde, leistete sich die Sezypresse das starke Stück, die streikenden englischen Arbeiter als Agenten des Auslandes zu bezeichnen. Auch machte man mit einem Male die Entdeckung, daß die Trunksucht der Arbeiter, der eigentliche Grund wäre, warum die englische Rüstungsindustrie so alle Erwartungen enttäuschte. Dieses Thema erklingt in allen Variationen, daß man fast annehmen könnte, die ganze englische Arbeiterkassensystem hätte sich dem Witsky blind ergeben. Daß Vanderveelde auch als Subpremier auftrat und von den Arbeitern der Rüstungsindustrie alle Anstrengungen verlangte, um den Allerten den Triumph über Deutschland zu sichern, versteht sich am Rande. Politische Bedeutung haben diese Konflikte indes auf keinen Fall.

Schwindelereien bei Seereslieferungen bilden in jedem Lande eine beschämende Begleiterscheinung. In Frankreich wurde ein Generalzahlmeister wegen Unterschlagung militärischer Lebensmittellieferungen zu sieben Jahren Zuchthaus, zur Degradierung und zur Ausstoßung aus der Ehrenlegion verurteilt. Seine befehlige Geliebte erhielt zwei Jahre, ein Soldat des Transportwesens ein Jahr Gefängnis. Jüngst ist man wieder umfangreichen Unterschlagungen bei Lebensmittellieferungen für die Armee auf die Spur gekommen. Hausuchungen bei den Verdächtigen brachten nichts zutage, da das Belastungsmaterial noch rechtzeitig entfernt werden konnte. Sp der Seine sind aber große Mengen von Lebensmitteln gefunden worden. Von den bisher Verhafteten sind mehrere gefänglich. Eine ganze Reihe weiterer Personen soll noch festgenommen werden. In Amerika, das England, Frankreich und Rußland mit Kriegslieferungen versorgt, wird in anderer Weise ein Millionenchwandel dabei verübt. Dort hat sich ein Syndikat von Finanzleuten gebildet, das mit Agenten arbeitet, für die riesige Provisionen berechnet und auf die Lieferungen aufgeschlagen werden. Durch dieses Provisionsgeschäft allein sollen schon 600—800 Millionen Mark verdient worden sein, dazu kommt der recht fetten Gewinn aus den Lieferungen selbst, so daß die Amerikaner ein Bombengeschäft machen mit der Versorgung von Deutschlands Feinden. Der Vertrauensmann einer europäischen Regierung (anscheinend England) hat drüben umfangreiche Ermittlungen angestellt und konstatiert mit Bitterkeit: „Es sind nicht einzelne Personen von geringer Bedeutung, die sich heute dieses verächtlichen Schwindels im großen Maßstab machen; viele der Bestellungen, für die die größten Provisionen einfließen werden sind, sind durch Leute placiert worden, die in der amerikanischen Finanzwelt eine große Rolle spielen.“ Alle Enttarnung wird den bestellten amerikanischen Geldleuten aber nicht imponieren, denn die drei europäischen Länder hängen auf Gnade und Ungnade von ihnen ab. Aus Österreich wurde in Nr. 36 ein nettes

Stückchen mitgeteilt, wie man beim Militär dahinterkam, daß das von einer Firma gelieferte Tuch zu den Uniformen buchstäblich Schund ist. In Deutschland ist bisher ein nebensächlicher Fall aus Koblenz zu verzeichnen. Dort ist eine ganze Anzahl von Personen verhaftet worden, die das Deutsche Reich bei Vermittlung militärischer Lieferungen um große Summen geschädigt haben sollen. Im Mittelpunkt steht ein Generalagent, der als Feldwebel mit der Vermittlung militärischer Lieferungen und Anknüpfen betraut wurde. In kurzer Zeit soll er sich in den unrechtmäßigen Besitz von 1½ Millionen Mark gesetzt haben. So viel ist wenigstens in Verwahrung anderer Personen oder vergraben aufgefunden worden. Seine Helfer sind Zivil- und Militärpersonen, auch der Sekretär der dortigen Handelskammer wurde in diesem Zusammenhang verhaftet. Es sollten noch weitere Verhaftungen aus Lieferantenkreisen vorgenommen werden.

Es ist zu erwarten, daß bei uns durch scharfe Kontrolle die Möglichkeit solcher Vorkommnisse von vornherein beeinträchtigt wird, und daß eintretendenfalls abschreckende Strafen verhängt werden, wie es bei den Feldpostbetriebsstellen während der ersten Kriegsmomente festzustellen war. Welche moralische Höhe unter Militärlieferanten anzutreffen ist, hat vor längerer Zeit jenes Inserat im „Berliner Tageblatt“ zu erkennen gegeben, worin sich eine Person mit guten Verbindungen zu beherrschenden Kreisen empfiehlt, was durch ein Kitzsche mit dem Kopfe eines pflügigen, ein Auge zudrückenden Geschäftsmannes — das der Mensch obendrein noch als Originalidee und nicht nachahmungsfähig bezeichnete — noch augenfälliger gemacht werden sollte. Der Oberbefehlshaber der Marken hat daraufhin solche öffentlichen Anzeigen verboten, wie im allgemeinen die Aufnahme verdächtiger Lieferanteninserate der Presse unterlag ist.

Vorlicht bei Briefen und Karten an deutsche Kriegsgefangene und unsre Feldgrauen an der Front kann Angehörigen und Bekannten derselben nur dringend angeraten werden. Die „Magdeburger Volksstimme“ veröffentlichte in vergangener Woche aus dem Zentralorgan der französischen Sozialdemokratie eine ganze Anzahl Briefe usw., die teils an deutsche Kriegsgefangene gerichtet waren, teils deutschen Soldaten bei ihrer Gefangenahme abgenommen worden sind. So menschlich erklärlich es ist, wenn man die Angehörigen draußen wissen läßt, wie es dabei ausseht, notwendigerweise muß aber auch beachtet werden, daß diese Briefe leicht in die Hände der Gegner fallen können, und deshalb sind Mitteilungen über das wirtschaftliche Leben dabei in die vorzüglichste Form zu kleiden. „Kommen sie selbstbringen“ vor wie in den veröffentlichten Schreiben mehrfach, dann kann man sich kaum eine Vorstellung davon machen, was erst bei der Ausschachtung durch die französische Presse daraus wird. Die Absender bewachen natürlich nicht im geringsten arges, sie bedenken nicht einmal, daß mit solchen Mitteilungen von dabei unsern Kriegern oder in Gefangenschaft geratenen Brüdern nur der Kopf vollgemacht wird. Unsere phantastisch begabten feindlichen Nachbarn zur Linken jedoch geben derartige Schriftstücke zu den ausschweifendsten Illusionen über den „Zusammenbruch“ Deutschlands Anlaß. So ausgedehnt, findet der auf unsolange Weise bekanntgewordene Inhalt deutscher Briefe auch seinen Weg in die englische und russische Presse, überall als Herzensstärkung aufgenommen. Die „N. B.“ sagt daher sehr richtig von solchen Briefen: „Sie ermutigen die Gegner, stärken ihren Mut und veranlassen sie zu verdoppelten Anstrengungen, um das Ziel zu erreichen, das ihnen so nahe vor Augen schwebt. Die Angehörigen der Kriegsgefangenen tun im gemeinsamen Interesse daher gut daran, alle Angaben zu unterlassen, aus denen die Gegner auf eine wirtschaftliche Schwächung Deutschlands Schlüsse ziehen können, die ihre militärische Bereitschaft verstärken. Es muß den Angehörigen genug sein, über das persönliche gesundheitliche Wohl und Wehe der Familienmitglieder Auskunft zu geben. Alle andern allgemeinen Angaben haben zu unterbleiben. Denn jede derartige Mitteilung rückt den Tag, an dem sie ihre Lieben aus Frankreich zurückerwarten können, in weitere Ferne.“

Zwei Urteile über deutsche und französische Zustände sollen im nachstehenden gegenübergestellt werden, um den dem Deutschen innewohnenden Drang zur „unkritischen Vergoldung ausländischer Verhältnisse“ (wie Paul Bensch in seiner trotz etwas weitgehender Zukunftsmöglichkeit doch äußerst lesenswerten Broschüre über „Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg“ sagt) mit dem ihm sonst eigentümlichen kritischen Augenmaß mehr in Einklang zu bringen. Was von Kollegen draußen im Westen während des Krieges über die von ihnen manchmal recht lange beobachteten Verhältnisse in Frankreich und Belgien uns vielfach mitgeteilt worden ist, soll hierbei unerwähnt bleiben, weil es zum Teil bereits angeführt wurde. Aber wir fanden unläuglich in einem fälschlichen sozialdemokratischen Blatte von einem Maschinenseher einen Feldpostbrief wiedergegeben, der insofern besonderes Inter-

esse hat, weil der Schreiber aus einer armen Gegend stammt und diese zum Vergleich heranzieht. Da heißt es:

Auf meinen Fahrten durch Nordfrankreich habe ich mich oftmals gefragt, ob das wirklich Frankreich sei. Ich hatte mir auch von den französischen Dörfern mehr vorgestellt. Aber es lag alles wüst da. Und das schon jahrelang! Man sah es zu deutlich, daß der Krieg nicht allein an aller Rüstungsfähigkeit schuld war. Kein Gartenzaun, kein Dach, keine Tür, kein Fenster in Ordnung! Sei, was haben wir da in unserm Erzgebirge für schmucke Gebüßel! Ich führe das Erzgebirge gerade wegen der Armut an, die in Nordfrankreich auch zu Hause ist.

Demgegenüber ergeht sich Hervé, der vor dem Kriege leidenschaftliche Antimilitarist und jetzt so entscheidende Nationalist, in seinem bekannten Blatte in großen Lobreden auf die deutsche Verwaltung. Dieser vornehm mit Liebesheft oft verglichene französische Sozialist entfaßt nicht nur lebhaft Propaganda für die Beteiligung der neutralen Länder an dem Kriege gegen Deutschland, sondern er ist auch Antirermissionspolitiker reinsten Wassers, wie er das soeben wieder drastisch bekundet hat in seiner Antwort auf einen Friedensappell einiger deutscher Antirermissionspolitiker an die Adresse sozialistischer Führer des feindlichen Auslandes, welche eben die Rechnung ohne den impulsiven, frohigen Hervé gemacht haben — und vielleicht anderer noch. Esatz-Vorbringens Rückfall an Frankreich ist ihm sehr wichtig und er zeigt seinen Lesern, wie wertvoll dessen Besitz für Frankreich sein würde. U. a. meint er:

Wir werden auch den Lehrern Esatz-Vorbringens die höheren Gehälter belassen, die der deutsche Staat ihnen ausbezahlt. Wir werden sie ihnen schon deshalb lassen, um die französische Republik wegen der Art und Weise zu beschämen, in der sie ihre kleinen Beamten behandelt; wir werden den Esatz-Vorbringern ihren wunderbar organisierten Postdienst lassen, ihr herrliches System der Arbeiterversicherung, ihre Einkommensteuer, in der Hoffnung, daß die französische Republik die administrative Einigkeit des kaiserlichen Deutschland in allen diesen Beziehungen nachahmen wird.

Hervé erwartet im weitern, daß auch die wirtschaftlichen Schätze, die der elsass-lothringische Boden birgt, „mit derselben Intelligenz durch den französischen Staat ausgebeutet werden, als es bisher durch den deutschen Staat der Fall war“. Mehr kann zum Lobe deutscher Einrichtungen kaum gesagt werden. Die sonstigen Zustände in Esatz-Vorbringens können da nicht nachsehen, und es ist ja auch bekannt, daß die Städte und Ortschaften in den Reichslanden einen andern Anblick bieten, als es sich dem erzgebirgischen Maschinenseher in Nordfrankreich gezeigt hat. „Das Hervé die Frage unberührt läßt, ob die Esatz-Vorbringern unter so manchen Umständen“ sich noch in ihrer Mehrzahl zu Frankreich hingezogen fühlen, ist vielleicht eine faktische Absicht. Für den kulturellen Hochstand Deutschlands hat ausgerechnet aber er sich zu einem bedrübten Zeugen gemacht; Hervé, der schon so viele Worte über die deutsche „Barbarei“ verschwendete!

Leute von kurzem Geiste sind doch die journalistischen Anwälte der am weitesten rechts stehenden politischen Kreise. Da mobilisierte sich ganz kürzlich die „Deutsche Tageszeitung“ über den im Reichstag gefassten Beschluß, die Gewerkschaften als unpolitische Vereine zu behandeln. Dieses hochagrarische Blatt meint, für die Gewerkschaften würde damit eine Sonderstellung geschaffen, während alle andern Vereine, wenn sie politische Dinge berühren oder auf die Verfassung, Verwaltung oder Gesetzgebung des Staates einzuwirken beabsichtigen, als politische Vereine zu gelten hätten. Nun sieht die „Deutsche Tageszeitung“ die Dinge aber gerade verkehrt. Denn der ihr so nahe wie nur ein Familienmitglied dem andern lebende Bund der Landwirte hat von jeher eine politische Tätigkeit entfaltet, wie sie einer Gewerkschaft gar nicht in den Sinn kommen kann. Dem Bunde der Landwirte wäre nach dem Willen des Reichstags — weiter reicht dieser Versuch zu einer Neuorientierung der inneren Politik noch nicht — nun erst gestattet, was unbesugt und im Gegensatz zu den Gewerkschaften auch unbeantbart schon immer bei ihm Übung gewesen ist. Mit höflicherer Plumpheit hat das genannte Berliner Blatt aus unveränderbarer Gewerkschafts-„Freundlichkeit“ also nur seinen Getreuen einen Tagelohn verkehrt.

Die „Post“ hat gleichfalls gezeigt, daß trotz der Ereignisse elementarer Wucht bei manchen Leuten von begreifendem Verstande nicht gesprochen werden kann. Was sie dem Professor Schmoller auf einen Artikel zu erwidern weiß, der darin zu einer Verständigung mit der Sozialdemokratie rief, ist ein Aufschreiben von abgefahrenen Begriffen und abgegriffenen üblichen Redensarten. In dem geistigen Waffensarsenale dieser Leute gibt es keine neuen, blanken Argumente, alles ist alt und verrotten.

Derlei Beherrnisse schöner Seelen sind indes nicht fraglich zu nehmen. Nur sie und ihresgleichen werden sie eines Tages als das zu empfinden haben. Die von ganz rechts und die von ganz links, das müßten wir schon oftmals erklären, haben eine geradezu insinuativen Abneigung gegen eine wirklich gesunde Entwicklung, was nicht ein-

mal böser Wille sein mag, sicherlich aber dem verhängnisvollen Schematismus von verfeinerter Anschauungen und abgebrauchtesten Schlagworten zuzuschreiben ist.

Die Erhöhung der Druck-, Abonnements- und Inseratenpreise ist zu einem allgemeinen Vorgehen geworden. Die „Zeitschrift“ hat nach untrer Verlautbarung in Nr. 37 weitere Ausführungen zu dieser Angelegenheit gebracht und veröffentlichte am 9. April die offizielle Stellungnahme des Deutschen Buchdruckervereins. Die Kriegszelt würde sich weit weniger für unser Gewerbe fühlbar gemacht haben, wenn in den vorhergehenden Jahren das hauptsächlichste Mittel, der Deutsche Buchdruckpreis, allgemeiner angewendet und nicht so vielfach versucht worden wäre, durch Unterbieten der tariflichen Preise in die Hundstunde anderer Firmen einzudringen; ein ebenso großer Abstand ist es gewesen, daß der stark vorhandenen Neigung der Auftraggeber zum Preisdrücken nicht allseitig fester Widerstand erwachsen wäre. Aus diesen bösen Erfahrungen müßten nun heilsame Lehren für Gegenwart und Zukunft gezogen werden, d. h. strenge Befolgung der Sätze des Preisstarfs unter Einrechnung eines den verkauften Herstellungskosten entsprechenden Zuschlags von mindestens 10 Proz. Es wird dann im Wortlaut ein der Presse zugewandener Artikel nebst Ansprechen an deren Verleger und Redaktionen mitgeteilt. Wir entnehmen daraus, daß die Buchdruckerei sich schon seit etlichen Jahren nach einem Preisstande begnügt haben, der in einem nachweisbaren Minderverhältnis zu den Herstellungskosten gestanden hätte. Durch den Krieg seien nun alle Materialien teurer geworden: Farbe bis 50 Proz., Schriftmetalle bis 40 Proz., Chemikalien und Schmieröle bis zu 100 Proz., Kohlen und sonstige Materialien bis 30 Proz., Papier um 10 Proz. und mehr. Wie der mit der Gehilfenorganisation im Dezember erlassene Appell, den Mangel an Beschäftigung nicht noch durch Einschränkung des Druckmaschinenbedarfs zu vergrößern, vielfach Berücksichtigung gefunden habe, so dürfe erwartet werden, daß dies auch dem jetzigen Ersuchen gegenüber gelte, nämlich Zubilligung angemessener Preise in dieser für die Buchdruckerei besonders schweren Zeit und Enthaltung von Preisdrückereien. Für das Zeitungsgewerbe gelte das in gleich hohem Maße; wenn immer gesteigerte Ansprüche an dasselbe gestellt werden, dürfen ihm angemessene Abonnements- und Inseratenpreise auch nicht verweigert werden.

Wir haben in Nr. 37 dieses Bestreben als berechtigt anerkannt, aber auch über die Frage der gestiegenen Löhne und gegen die Drucker den Gehilfen gegenüber das Notwendige gesagt. Das Verbot der Steigerung der Löhne zur Erhöhung der Druckpreise propagandistisch gemacht und einen Kriegsteuerzuschlag von 10 Proz. empfohlen. Im österreichischen Buch- und Steindruckgewerbe ist jetzt eine gleiche Bewegung im Gange.

Als Hilfe für die Schriftgießereien wurde nicht lange nach Kriegsausbruch in der „Zeitschrift“ der Umzug veralteten Schriftmaterials empfohlen, wo noch zweierlei Systeme vorhanden und ähnliche Umstände obwalteten. Die große Druckerei S. Sittenfeld in Berlin hat die bislang ruhige Geschäftszeit zu dieser Reform in ihrer Seherlei verwendet, konnte andererseits erhebliche Betriebsstörungen auf diese Weise vermeiden und einer Berliner Gießerei damit einen beträchtlichen Auftrag zuweisen. Da der Krieg den Schriftgebern nicht bloß am fühlbarsten ist, sondern dies auch am längsten sein wird, so darf man die Hoffnung aussprechen, daß hier nicht die Firma Sittenfeld allein ein gutes Werk getan hat.

Solidarische Abweisung einer Fälscherei als Zeitungsbelleidung ist ein aus Nürnberg zu meidender Vorgang. Der Magistrat von Nürnberg hatte ein Flugblatt „Sur Petroleumfrage“ herstellen lassen, dessen Aussehen einen jeden Buchdrucker eine Gänsehaut bekommen ließ. Dieses Aufklärungsblatt sollte nun von den Nürnberger Zeitungen als Extrablatt verbreitet werden. Zwei Blätter von geringer öffentlicher Bedeutung erfüllten den Auftrag des Magistrats. Die drei großen Nürnberger Zeitungen nahmen jedoch Anstoß an dem Äußeren des stadtheftbrüchlichen Flugblattes und weigerten sich, es in dieser Verfassung ihren Lesern zu unterbreiten. Dem Magistrat blieb nichts anderes übrig, als seiner Bekanntgabe an die Einwohnerschaft Nürnbergs ein antinödiges buchdruckerliches Gewand zu geben. Aus einer leistungsfähigeren Druckerei ging dann ein neues Flugblatt, aber mit dem gleichen Texte, hervor, das in Schwarz und Rot sich zu dem ersten wie Tag und Nacht ausnimmt. Daß der in Satz und Druck tadelloser zweite Druck aus der Diktand des sozialdemokratischen Organs hervorging, macht den Vorfall noch um einiges interessanter. Nun legten die Hauptzeitungen das Flugblatt ihrer Auflage bei. Die Stadtkasse aber hat zweimal die infolge hoher Auflage an sich nicht zu geringen Kosten zu fragen, was zu vermeiden gewesen wäre, wenn ein paar Mark mehr nicht der billigste Mann zuvor den Beweis erbringen mußte, daß billig und schlecht fast immer ein Begriff ist. Das

vorzügliche Beispiel der drei Nürnberger Blätter sollte nach zwei Richtungen belehrend wirken: bei privaten und amtlichen Auftraggebern, für die nur die Billigkeit von Druckfachen ausschlaggebend ist, und bei den Druckereien, die mit solchen „Kunstprodukten“ sich dauernd doch nicht befassen können.

Für einen Ausgleich in den Arbeitskräften kommen gegenwärtig hauptsächlich die großen Druckorte in Frage. Dort muß aber auch mit aller Kraft auf die Unterbringung nachweisbar nicht an den Ort gebundener Arbeitsloser (auch Handlöhner) nach Städten hingewirkt werden, wo es tatsächlich an Gehilfen mangelt. Ebenso ist mit Nachdruck die Rückkehr zum Berufe zu fordern. Die Arbeitslosenlisten der großen Druckstädte sind genau zu prüfen. Für die Arbeitslosen selbst kann es die sonst nicht selten zu hörenden Einwände nicht mehr geben, denn die Prinzipale gewähren Reisegeld, und in der Lohnhöhe werden jetzt aus berechtigten Gründen nicht so leicht Schwierigkeiten gemacht. Natürlich hat es auch keinen Sinn, in angehenden Groß- oder in Mittelstädten sich arbeitslos hinzulegen, wo doch überall meistens bessere Konditionen zu besetzen sind.

2 473 429 Mk. Arbeitslosenunterstützung hat der Verband in den sieben Kriegsmonaten August bis Februar aus seiner Hauptkasse gewährt. In welchem Maße sich die Aufwendungen in den einzelnen Monaten für die Arbeitslosen notwendig machten, zeigen die beiden Extreme September und Februar mit 633 824 und 90 283 Mk. Je mehr sich die Ausgaben für die Arbeitslosen verringern, um so größer wird der Ausfall an Beiträgen durch die zunehmenden Einberufungen. Diese Summe steht noch nicht fest, aber es dürfte sich um ein ganz respektables Objekt handeln. Stellt man die im vollen Jahre 1913 zur Auszahlung gelangte Arbeitslosenunterstützung (1 513 828 Mk.) in Vergleich zu der in den ersten sieben Kriegsmonaten notwendig gewordenen, so ergibt sich eine Steigerung von schon 63,36 Proz.

## Das Buchgewerbe im Auslande

Deutsche Schweiz. Nach und nach beginnen sich Industrie und Gewerbe wieder etwas zu erholen und damit ist auch die Arbeitslosigkeit für die Buchdrucker in der Schweiz abnehmend geworden. Auf Veranlassung der Buchdrucker in der Schweiz wurde ein Arbeitsnachweis am Ende März als konditionloses gemeindet im ganzen 373 Gehilfen (248 Handlöhner, 13 Maschinenlöhner, 82 Drucker, 2 Korrektoren, 21 Stereotypenreue und Galbanopassierer, 7 Schwelgerbeiden). Am 1. Februar waren als konditionlos angemeldet 466 Gehilfen; 93 mehr, also doch eine Besserung. Seitens des Zentralkomitees des Typographenbundes wurde, wie berichtet, an das Einigungsamt der Antrag gestellt, den Jahresbeitrag für nichtorganisierte tariflose Gehilfen an die tariflichen Institutionen von 5 auf 20 Fr. pro Mann zu erhöhen. Das Einigungsamt hat diesen Antrag gutgeheißen. Man ging dabei von der ganz richtigen Ansicht aus, daß die Unorganisierten auch von den tariflichen Einrichtungen (Einigungsamt, Schiedsgericht, parteilicher Arbeitsnachweis, Lehrlingsregulativ usw.) die Vorteile genießen, und daß sie ferner bei den jeweiligen Tarifveränderungen genau wie die Verbandsmitglieder an den Verbesserungen teilnehmen, ohne etwas dazu beizutragen, so daß also die 20 Fr. für die unorganisierten Herren ganz gerechtfertigt erscheinen. Dieser Beschluß wirkte nun gerade so, als wenn in ein Wespennest hineingestochen wird. In Betracht gezogen muß noch werden, daß die Zahl der unorganisierten Gehilfen in letzter Zeit etwas gestiegen ist. Seit die frühere „neutrale Buchdrucker-Gewerkschaft“ sich dem christlichen Gewerkschaftsbund angeschlossen hat. Infolgedessen ist nämlich der Großteil der Luzerner Gewerkschaftsmitglieder ausgetreten. Und Luzern ist es auch, von wo aus der Nachkrieg gegen die Terrorisierung erbrüt; dort war von jeher das Eldorado für solche Herren. Im „Luzerner Tagblatt“ erschien „aus Gehilfenkreisen“ ein Artikel über „Gehilfenwürdige Zustände im schweizerischen Buchdruckgewerbe“, worin gegen die Zwangsmahregel gekämpft wird, und zum Schluß folgt die Aufforderung zur Gründung eines wirklich neutralen schweizerischen Gehilfenverbandes, um gegen einen soch und demokratischen und jedem Gerechtigkeitsgefühl hochsprühenden Beschluß aufzutreten und, wenn nötig, den Schutz der einschlägigen Gesetze über freies Arbeitsrecht anzurufen. Viel Glück werden diese Kämpfer für „wahre Demokratie“ nicht haben. Die Gründung der neuen Gewerkschaft ist inzwischen bereits zur Tatsache geworden unter dem Namen „Verband tarifloser neutraler Buchdrucker-Gehilfen“, Sektion Luzern. Nun existieren in der deutschen Schweiz glücklicherweise drei Gehilfenorganisationen bei etwa 4000 Buchdruckern!

Frankreich. Das Organ des französischen Bucharbeiterverbandes, die „Typographie française“, nahm verheißend den Anlaß, das wenig patriotische Verhalten gewisser Buchdruckerelbisher zu gelabeln, die ihr zum Militärdienst einberufenen Personal durch billigere Frauenkräfte zu ersetzen versuchen, obwohl die Arbeitslosigkeit unter den Buchdruckern, namentlich in Paris,

groß ist. Das mobilste Personal würde bei seiner Rückkehr infolge der weiblichen Konkurrenz geschädigt, was gewiß nicht „nationale Weibererkennlichkeit“ bedeutet. Demgegenüber veröffentlicht das Organ der französischen Kollegen unter dem Titel: „Beispiele zur Nachahmung“ eine größere Anzahl von Firmen, die ihren eingezogenen Arbeitern oder deren Familien seit Kriegsbeginn wöchentliche oder monatliche Zuwendungen machen. — Die in Paris seit Jahren ercheinende russisch-englische Zeitung „Nij“ („Gedanke“) wurde durch die Behörde unterdrückt. — Für die Pariser Presse besteht eine zweifache Zensur, eine Zivil- und eine Militärzensur. Die zivile ist unter die Leitung des früheren Finanzministers Klotz gestellt. Für die Morgenblätter besteht die Zensurpflicht, um 11<sup>1/2</sup> Uhr nachts, für die Abendsblätter um 4 Uhr nachmittags, das ist die Zeit unmittelbar vor Beginn des Drucks, die Wohlmeinung des Zensors einzuholen. Zu dem Zwecke bringen die Redaktionssekretäre die „limonade“ (die Materie) zum Zensor, der ihnen die Stellen oder Artikel anzeichnet, die nicht veröffentlicht werden dürfen und aus den Stereotypplatten vor dem Weiterdruck herauszusammenfinden.

## Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht

Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts für das Jahr 1914.

### I. Kriegsmassnahmen.

Wie alleicht über das Jahr 1914 erstreckende Jahresberichte der Gewerkschaften und sonstiger Korporationen mehr oder weniger auf den ausbrochenen Weltkrieg eingehen, ist dies auch beim Geschäftsberichte des Reichsversicherungsamts der Fall. Nachdem zunächst mitgeteilt wird, daß bis Ende 1914 20 ständige Mitglieder, 8 Hilfsarbeiter, 74 Bureaubeamte, 27 Kanzleibeamte und 9 Unterbeamte zum Seeresdienst einberufen worden sind, wird dann auf die getroffenen Kriegsmassnahmen eingegangen.

Hierauf hat das Reichsversicherungsamt bereits durch Runderlaß vom 3. August 1914 den seiner Aufsicht unterstellten Landesversicherungsanstalten und Berufsgenossenschaften empfohlen, unbeschadet der in dem Reichsgesetz über die Kriegseinstellungen vom 13. Juni 1873 vorgeordneten Verpflichtungen, ihre Krankenhäuser, Heilstätten und Genesungshäuser, soweit es ohne Schädigung überwiegender Interessen der Versicherten möglich ist, der Seeresverwaltung für die Unterbringung von Verwundeten oder im Felde Erkrankten zur Verfügung zu stellen. Die Versicherungsträger haben daraufhin zum großen Teil ihre Anstalten für die Kriegseinstellung zur Verfügung gestellt. Bis Ende 1914 kamen da 23 Lungenheilstätten mit 2417 Betten und 27 Genesungsheime samt Krankenhäuser mit 4079 Betten in Betracht. Weiter wurden mit den Berufsgenossenschaftlichen Maßnahmen getroffen über die Zahlung von Verletztenrenten der im Felde stehenden Renteneinpfänger an ihre Angehörigen, über die Überwachung der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften usw.

An Kriegsanleihe haben die Berufsgenossenschaften im Berichtsjahre 37<sup>1/2</sup> Millionen Mark, die Landesversicherungsanstalten und Sonderanstalten 150 Millionen Mark geschneidet.

Für die Kriegswahlrechtspflege wurden auf Grund des § 1274 der Reichsversicherungsordnung folgende Zuwendungen gemacht: 360 000 Mk. dem Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz, 904 000 Mk. den Provinzial- und Landesvereinen, Vaterländischen Frauenvereinen u. dgl., 654 000 Mk. für die Beschaffung von wolleener Unterkleidung und sonstigen Liebesgaben für das Feldheer, 728 000 Mk. für die unmittelbare Unterstützung von Arbeitslosen (Landesversicherungsanstalt Berlin und Seehalle), 1 766 000 Mk. an Gemeinden und Vereine zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, 294 000 Mk. Unterstützung für Provinz und Landesversicherungsanstalt Ostpreußen, 276 000 Mk. für Ausrüstung von Lazarettzügen, 13 000 Mk. für Förderung der Kriegsveteranen, 34 000 Mark für Ehrengaben an Hinterbliebene von gefallen oder an Feldzugsfolgen verstorbenen Kriegsteilnehmern und 728 000 Mk. für sonstige mit der Linderung der Kriegsnöte zusammenhängende Ausgaben. Dabei sind die Aufwendungen nicht mit berücksichtigt, die den Versicherungsanstalten durch die Bereitstellung ihrer Heilstätten für die Kriegskrankenspflege und durch Lombardierung von Wertpapieren entstanden sind. Der Landesversicherungsanstalt Ostpreußen sind auf Anregung des Reichsversicherungsamts seitens der darum angegangenen Schwesteranstalten 119 000 Mark zur Fortsetzung des Helioverfahrens und zu Ausgaben nach § 1274 RVO. überwiesen worden. Außerdem haben einzelne Anstalten teils der Provinz, teils der Landesversicherungsanstalt Ostpreußen größere Beträge zur Linderung von Noständen zur Verfügung gestellt. Der Landesversicherungsanstalt Elsaß-Lothringen haben die Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz ein Darlehen von 2 Millionen Mark, die Landesversicherungsanstalten Brandenburg und Großherzogtum Hessen je ein solches von 500 000 Mk. zur Weitergabe an nothleidende Gemeinden bewilligt. Zur Verbilligung einer infolge der Arbeitslosigkeit drohenden Verschlechterung der Gesundheitsverhältnisse haben die Versicherungsanstalten Berlin, Brandenburg, Schlesien und Sachsen-Anhalt erhebliche Mittel bereitgestellt, die sie teils zu Zuschüssen an Gemeinden oder Vereine, teils zur unmittelbaren Unterstützung der Betroffenen verwenden. Den letzteren Weg hat die Landesversicherungsanstalt Berlin beschritten. Die angeführten Zahlen usw. legen erfreulicherweise Zeugnis dafür ab, daß auch die Landesversicherungsanstalten bestrebt sind, die Begleiterscheinungen des Krieges — Not und Elend — mit lindern zu helfen.

### II. Unfallversicherung.

Der Unfallversicherung unterstanden über 29 Millionen Personen. Nach einer vorläufigen Ermittlung belief sich die Zahl der 1914 gemeldeten Unfälle auf 704 030, die der erstmalig einschlägigen auf 124 225. Entschädigungen wurden im Jahre 1914 gezahlt oder angewiesen an: 879 274 Verletzte, 100 486 Witwen (Witwer) Witwener, 117 012 Kinder und Enkel Witwener, 4817 Verwandte aufsteigender Linie Witwener; daneben erhielten im Jahre 1914: 13 730 Ehefrauen (Ehemänner), 29 885 Kinder und Enkel und 295 Verwandte aufsteigender Linie als Angehörige von Verletzten, welche in Heilanstalten untergebracht waren, die gesetzlichen Unterhaltungen, so daß im Berichtsjahre zusammen 1 145 500 Personen Bezüge auf Grund der Unfallversicherung zugeflossen sind. Die Höhe der im Berichtsjahre verausgabten Entschädigungen (Renten usw.) belief sich nach einer vorläufigen Ermittlung auf 179 935 249 Mk.

Was die Unfallverhütung anbetrifft, so kommen bei 64 gewerblichen Berufsgenossenschaften 403, bei 49 landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften dagegen nur 66 technische Aufsichtsbearbeiter in Betracht.

Die Beziehungen zwischen Krankenkassen und Berufsgenossenschaften werden als gute bezeichnet.

Wegen Auszahlung der Unfallentschädigungen an Bewohner der Provinz Ostpreußen, die des Kriegs wegen die Grenzbezirke verlassen haben, ist an sämtliche Versicherungsträger ein besonderer Rundschreiben ergangen.

### III. Kranken-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung.

Auf eine ergangene Anfrage äußerte sich das Reichsversicherungsamt — vorbehaltlich einer Entscheidung im Rechtszug — dahin, daß die Zahlung von Sterbegeld im Falle der Weiserverversicherung an Kassenmitglieder, die im Felde stehen, unbedingt ist. Die Frage, ob ein Anspruch auf Gewährung von Krankengeld bestche, sei zweifelhaft. Das Reichsversicherungsamt neige aber zur Bejahung der Frage. Dagegen könne die Gewährung von Hausgeld nicht in Frage kommen.

Im Ertragskassen sind bis Ende 1914 insgesamt 64 zugelassen.

Bei der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung wird darauf hingewiesen, daß die Beitragseinnahme infolge des Kriegs erheblich zurückgegangen sei. So betrug u. a. der Erlös aus dem Verkaufe von Beitragsmarken im Berichtsjahre 241 904 380 Mk., gegen 262 845 836 Mk. im Jahre 1913. Trotzdem sind immerhin wieder erhebliche Summen für das Heilverfahren, zur Bekämpfung der Lungen- und Tuberkulose, Krebskrankheit, Geschlechtskrankheiten, von Lupus, Alkoholmißbrauch, ferner zum Unterhalte von Waisenkindern, Stämmen und Auskunfts- sowie Fürsorgestellen für Lungenkranke und endlich für das Arbeiterwohnungswesen ausgegeben worden. Auch wird der Invalidenhauspflege immer größere Beachtung geschenkt.

Im Renten wurden 1914 festgesetzt: 130 617 Invalidenrenten, 11 999 Krankrenten, 10 828 Altersrenten, 9836 Witwen- und Witwerrenten, 388 Witwenkrankenrenten, 30 240 Waisenrenten, 29 Zulafrenten; insgesamt also 193 935 Renten.

### IV. Rechtsprechung.

Nach dem § 588 RVO. ist ein uneheliches Kind rentenberechtigt, wenn der Verstorbenen ihm nach gesetzlicher Pflicht Unterhalt gewährt hat. Leider hat das Reichsversicherungsamt entschieden, daß für ein uneheliches Kind ein Anspruch auf Hinterbliebenenrente nicht besteht, wenn das Kind erst nach dem Tode des natürlichen Vaters geboren ist. Hier bleibt die Reichsversicherungsordnung also hinter dem Bürgerlichen Gesetzbuch zurück, denn nach § 1712 BGB. steht der Unterhaltungsanspruch dem Kinde auch dann zu, wenn der Vater vor der Geburt des Kindes gestorben ist.

Als Berufungsinstanzen kommen die Oberversicherungsämter in Betracht. Deren Zahl betrug 104. In das Reichsversicherungsamt gingen im Berichtsjahr 8301 Rekurse und Anträge, gegen 12 913 im Jahre 1913. Die Abnahme von 35,72 v. H. ist durch die in der Reichsversicherungsordnung vorgesehene Beschränkung des Rekurses gegen früher herbeigeführt worden. Was die Rekurse anbetrifft, so hatten die Verletzten bzw. deren Hinterbliebenen von 9227 durch Urteil erledigten Rekursen nur in 1993 Fällen Erfolg; die Berufungsinstanzen dagegen von 2362 Rekursen in 1123 Fällen.

Aber die Unterstützungsbauer bei der Krankenversicherung wurde entschieden, daß das Krankengeld, wenn die Erwerbsunfähigkeit nicht früher behoben wird, für 26 Wochen und einen Tag zu gewähren ist. Das Entsprechende gilt, wenn nach der Zahlung Krankengeld für mehr als 26 Wochen zu zahlen ist. Weiter wurde entschieden, daß kein Krankengeld zu zahlen ist, wenn bei Fortbestehen derselben Krankheit Arbeitsunfähigkeit erst nach Ablauf von 26 Wochen, während welcher die Kasse Krankenpflege — aber kein Krankengeld — gewährt hat, eingetreten ist. Zur Gewährung von Krankenhauspflege könne eine Kasse auch nicht verurteilt werden. Unterhaltungen, die eine Kasse einem Verletzten zu Unrecht gezahlt hat, kann sie nur durch Klage im ordentlichen Rechtsweg — Amts- bzw. Landgericht — zurückverlangen.

Nach der Reichsversicherungsordnung erhöht sich die Invalidenrente für den Empfänger der Invalidenrente für jedes seiner Kinder unter 15 Jahren um ein Zehntel bis zu dem höchsten eineinhalbfachen Betrage. Dieser Kinderzuschuß ist auch dann zu zahlen, wenn der Rentenberechtigte für den Unterhalt der Kinder nicht geforgt hat.

Der Anspruch auf Witwengeld wird dadurch nicht berührt, daß die Witwe auf Grund der Unfallversicherung Sterbegeld und Witwenrente erhält, denn das Witwengeld ist der Witwenrente nach der Invalidenversicherung nicht gleich zu achten.

Die Waisenaussteuer ist nicht zu gewähren, wenn die Ehe der Mutter mit dem Vater der Waisen vor dessen Tode geschieden war; wohl aber ist sie zu zahlen, wenn die Witwe, die aus der eignen Versicherung die Wartelohn für die Invalidenrente erfüllt und die Anwartschaft aufrechterhalten hat, nicht die leibliche Mutter der Waisen ist. Bezüglich der durch Urteil erledigten Revisionen wurden von 3340 die Entscheidungen der Oberversicherungsämter bestätigt in 2635, billig oder teilweise abgeändert in 90 Fällen. Von 2890 Revisionen der Versicherungen wurden hiernach zurückgewiesen 2394, Erfolg hatten nur 36. Die Versicherungsanstalten dagegen hatten bei 490 Revisionen in 54 Fällen Erfolg und wurden mit 241 Revisionen abgewiesen.

Außer dem Spruchverfahren kommt bei den Versicherungsbehörden nun noch das Beschlußverfahren in Betracht. Und hier hat das Reichsversicherungsamt im Jahre 1914 eine ganze Anzahl von Krankenversicherungssachen, wozu sich viele auf den Inhalt der Kassenfassung bezogen, erledigt. Zu Bedenken gaben u. a. Satzungsbestimmungen Anlaß, die die Gewährung der Krankenhilfe durch Naturheilkundige an Familienmitglieder der Verletzten vorzahen, ebenso die in Aussicht genommene Bestrafung von Verletzten wegen Übertretung der Krankenordnung durch Familienangehörige.

### V. Allgemeines.

Was die allgemeine Geschäftsüberblick des Reichsversicherungsamts anbetrifft, so wurden an Beschwerden, Rekursen, Revisionen und Streitigkeiten vom Jahre 1913 übernommen 20 175, dazu gingen 1914 ein 17 160, zusammen 37 335. Davon wurden 1914 erledigt 23 432; unerledigt blieben 13 903.

Trotzdem bereits im vorjährigen Berichte Maßnahmen zur Beschleunigung und Vereinfachung des Geschäftsverkehrs angekündigt worden sind, wird in den Arbeitersekretariaten leider immer noch die Wahrnehmung gemacht, daß die Erledigung der Rekurse- und Revisionen meistens ein Jahr und länger auf sich warten läßt. Soffentlich tritt hier bald eine Besserung ein.

Samburg.

M. Gildenberg.

### ○○○○○ Korrespondenzen ○○○○○

Im Königsberg i. Pr. (Maschinenlehre.) Zu der Versammlung am 28. März waren auch aus Braunsberg zwei Kollegen erschienen. Einleitend gedachte der Vorsitzende der beiden ersten auf dem Felde der Ehre gefallenen Mitglieder unserer Sparte, Otto Kallweit und Franz Pelt, deren Andenken in üblicher Weise gekehrt wurde. Unter „Vereinsmitteilungen“ gab er u. a. bekannt, daß die Läden in den Sehmachmaschinenbetrieben durch Anlernen von Handlern ausgeschliffen werden. In Braunsberg kommt demnach die Multi-Deal zur Einführung. Die von 24 Königsberger Mitgliedern bis Ende Februar für die Konditionslosen am Ort aufgetragene Summe ergab den Betrag von 291,80 Mk., die Sammlung für Liebesgaben 45 Mk., zusammen 336,80 Mk. Auch sind aus den einzelnen Druckereien an die Maschinenhersteller besondere Liebesgaben ins Feld gesandt worden. Beurteilung fand das Verhalten einiger Auslenker, die nichts oder verschwindend wenig für ihre bedrängten Kollegen übrig haben. Im längerem Vortrage sprach Johann Kollege Michalski über das Thema: „Wie es war, wie es ist und wie es sein sollte“, und stellte der Ausbildung der Maschinenlehre im Anfangsstadium der Sehmachmaschine die der Gegenwart gegenüber. Ein warmer Appell, mitzuarbeiten im kleinen Kreise durch ganz besonders eifrigen Versammlungsbefuch und Heranziehung der jüngeren Maschinenhersteller, die immer in den Versammlungen durch Abwesenheit „abklingen“, zum eignen und zum Besten des Verbandes, schloß den beifällig aufgenommenen Vortrag. Anschließend daran besprach der Referent noch die Multi-Deal, worauf ausgedehnte technische Erörterungen stattfanden. Mit der Mahnung, zusammensuwirken zum Wohle der Allgemeinheit, schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung.

Leipzig. Am 17. April begehrt der Seniorchef der Firma Rabell & Hille, Herr Paul Rabell, sein 50jähriges Buchdruckerjubiläum. Als von der Bille aufgebender Jünger der schwarzen Kunst hat er es verstanden, die Druckerei aus ganz bedeutenden Anfängen zu einer der leistungsfähigsten Offinen seiner Vaterstadt Leipzig emporzuheben. Im vorigen Jahre waren es 25 Jahre, daß der „Storr.“ bei der Firma Rabell & Hille gedruckt wird.

Ludwigshafen a. Rh. (Vierteljahrsbericht.) Die schwachbesuchte Januarversammlung ehrte zunächst das Andenken des im Felde gefallenen Kollegen Max Fischer. Wie in den früheren Versammlungen, so zirulierten auch diesmal eine große Anzahl Postkarten, Briefe und Zeitungen von im Felde stehenden Kollegen, denen vom Vorsitzenden die Neuzugsgrüße des Ortsvereins übermiffelt worden waren. Zur Aufnahme fanden drei junge Kollegen, die nach kurzer Diskussion in unre Reiben aufgenommen wurden, worauf sie Vorhinderen Rost mit begründenden Worten über Rechte und Pflichten eines Verbandsmitgliedes als neue Mitstreiter willkommen hieß. Die Abrechnung der Ainderberrechnung ergab eine Mehrausgabe von 118,92 Mk., die von der Versammlung gutgeheißen wurde. Der Ortsbeitrag zur Ortsvereinskasse wurde ab 1. Februar von 50 auf 15 Pf. ermäßigt. Den beifällig aufgenommenen Kartellbericht erstattete Delegierter Wölker in gewohnter ausführlicher Weise. — Auch die im Februar abgehaltene Generalsversammlung war schwach

befucht; zu bedauern war besonders das Fehlen der jüngeren Kollegen. Der Jahresbericht wurde vom Vorsitzenden durch ein erschöpfendes Referat über die Vorgänge des verfloffenen Jahres, welche das Verbandsleben im allgemeinen und des Ortsvereins im besondern betrafen, gegeben und ohne Diskussion entgegengenommen. Den Kassenbericht vom vierten Quartale 1914 gab Kollege Endemann. Darauf wurde dem Gesamtvorstand einstimmig Entlastung erteilt. An dem Betrage, der Remuneration und dem Betrage, der dem Vorstande für unvorhergesehene Fälle zur Verfügung steht, wurde nichts geändert. Der Vorstand wurde in seiner Gesamtheit per Akklamation wiedergewählt, auch die beiden im Felde stehenden Kollegen; für einen abgereiften Beifitzer wurde eine Nachwahl vorgenommen. Für die Kartellgeneralsversammlung wurden vier Delegierte bestimmt. Die Ehrengabe dreier Subulare, die im laufenden Jahr auf ihre 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken, wurde auf Antrag bis nach Ende des Kriegs verschoben. Mit unsern Vaterlandsvertheidigern stehen wir im fortwährenden Verkehr; denselben wird auch das Verbandsorgan wechselweise zugefandt, weshalb wir auch an dieser Stelle den Wunsch ausdrücken, gelebte „Storr.“-Nummern dem Vorstande zu diesem Zweck zur Verfügung zu stellen. Die Beschäftigung läßt leider noch viel zu wünschen übrig. Wenn auch Konditionslose nicht mehr vorhanden sind, auch nicht mehr verkehrt gearbeitet wird, so ist die Mitgliederzahl doch erheblich zurückgegangen. Auf eine Anregung unfres Vorsitzenden beim hiesigen Prinzipalsvorsitzenden, in einem gemeinsamen Zirkular die hiesigen Druckachenerbebraucher auf die schlechte Geschäftslage aufmerksam zu machen, ist bedauerlicherweise keine Antwort eingegangen.

München. Am 16. April begehrt Kollege Hans Wagenpfeil das Jubiläum seiner 50jährigen Berufstätigkeit. Die Ehrengabe des Subulars findet am 24. April, abends, unter Mitwirkung des Kollegengangsvereins „Synographia“ im Rokokofoale des „Haderbräu“ statt.

### ○○○○○ Rundschau ○○○○○

Von Buchdruckern im Kriege. Für vorbildliche Pflichterfüllung im Kriegsdienst erhielten von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation das Eiserne Kreuz: Wilhelm Gref (Bern [Weil der Stadt]), Franz Göppel (Müßeldorf), Otto Bruder (Göttingen), Otto Schumacher (Halber) und Johann Weppling (Köln). Damit haben bis jetzt 521 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erworben.

Metallvermittlung für das graphische Gewerbe. Zur Befreiung der Schwierigkeiten in der Beschaffung von Kupfer, Zinn und Antimon würde nach besonderen Verhandlungen mit dem preußischen Kriegsministerium für die gewerblichen Verbände des graphischen Gewerbes eine gemeinnützige Metallvermittlungsstelle mit dem Sitz in Leipzig (Deutsches Buchgewerbehaus) errichten. Beifällig sind daran der Deutsche Buchdruckerverein, der Verein Deutscher Schriftsetzer, der Verein Deutscher Zeitungsverleger, der Bund der Chemigraphischen Anstalten Deutschlands, der Bund der Galvano- und Stereotypanfertiger sowie der Deutsche Kupfer- und Zinnbruckerverband. Alle Betriebe des graphischen Gewerbes wurden in der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ (Nr. 24) durch das Kriegsministerium aufgeforder, die Deckung ihres Metallbedarfs nach den in der gleichen Nummer der „Zeitschrift“ veröffentlichten Vorschlägen der Metallvermittlungsstelle einzurichten. Zur glatten Regelung des Metallumschlages im graphischen Gewerbe ist eine genaue Beachtung dieser Bestimmungen durch alle Inhaber von graphischen Betrieben oder durch deren Vertreter unerlässlich; ebenso sind zwei der gleichen Nummer der „Zeitschrift“ beigelegten Fragebogen schnell und gewissenhaft zu beantworten. Insbesondere wird in der diesbezüglichen amtlichen Bekanntmachung darauf aufmerksam gemacht, daß mit den vorhandenen Metallen sparsam wirtschaftet und nach Möglichkeit die Verwendung von nicht beschlagnahmtem Metall angestrebt werden muß. Alles Metall in graphischen Betrieben soll nicht anderweit veräußert werden, sondern zum Zwecke der Deckung eignen Bedarfs an Neumetall zum Austausch der Metallvermittlungsstelle bereitgehalten werden. Nur so wird es möglich sein, eine dauernde Freigabe gewisser Metallmengen durch das Kriegsministerium zu erlangen.

Die deutsche Pressezensur. Im Anschluß an eine besondere Aussprache im Reichstag über die Handhabung der Zensur gegenüber der deutschen Presse hat kürzlich der preußische Minister des Innern einen Erlaß herausgegeben, der diese Frage betrifft und dessen Grundzüge durch drei stellvertretenden Kriegsminister allein stellvertretenden kommandierenden Generalen zur Beachtung empfohlen wurden. In der Hauptsache lauten diese Grundzüge nach der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ folgendermaßen: „Eine Präventivzensur ist allgemein vorgeschrieben lediglich für militärische Artikel. Von ihrer Einführung für politische Artikel oder den sonstigen Inhalt der Zeitungen wird — falls der zuständige militärische Befehlshaber nicht andere Anordnungen trifft — nach den während des Kriegs in dieser Hinsicht gemachten Erfahrungen in der Regel abgesehen sein. Erheblichere oder häufigere Verstöße gegen den Zensurbescheid können unter Umständen zur Verhängung der politischen Präventivzensur über bestimmte Blätter führen. Bezüglich der Art und Weise der Handhabung der Zensur und der Kontrolle ist grundsätzlich davon auszugehen, daß dabei alle kleinsten Gesichtspunkte unbedingt vermieden und daß nur da eingegriffen wird, wo wichtige, staatlich zu

(Fortsetzung in der Beilage.)

# Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, jedoch mit älterem Erscheinungsbildern bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 42 — Leipzig, den 15. April 1915

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweiligen nächsten Nummer.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

schützende Interessen es notwendig fordern. Änderungen und Streichungen werden sich, wenn diesen Gesichtspunkten entsprechend gehandelt wird, auf eine sehr geringe Zahl von Fällen beschränken. Insbesondere ist nach Möglichkeit zu vermeiden, daß Abdrücke oder Auszüge aus an dem Orte erscheinenden großen deutschen Zeitungen im ganzen oder im einzelnen beanstandet werden. Wenn auch die polizeilichen Zensurbehörden zu solchen Beanstandungen unweifelhaft berechtigt sind, so ist es doch im allgemeinen nicht gut anständig, die Wiedergabe der Auszüge eines in ganz Deutschland freiverbreiteten Blattes an einzelnen Orten zu verbieten oder nur in abgeänderter Form zu gestatten. Die durch besondere örtliche Verhältnisse gebotenen Ausnahmen werden zu den Seltenheiten gehören. Weiterhin werden bei der Ausübung der Zensur und Kontrolle die technischen Einrichtungen, insbesondere der kleineren Presse, möglichst zu berücksichtigen und Anordnungen zu vermeiden sein, die den Betrieb erheblich zu stören oder unmöglich zu machen geeignet sind (z. B. Streichung einzelner Stellen bei Kopf- oder Wappenzeichnungen usw.). Auch wird überall Fürsorge dafür zu treffen sein, daß die Ausübung der Zensur hinsichtlich der Zeit der Einreichung, der Prüfung und der Rückgabe der betreffenden Preiserklärungen sich den Einrichtungen des Redaktions- und Expeditionsbetriebs nach Möglichkeit anpaßt. Ich erlaube, die in Betracht kommenden Polizeibehörden der dortigen Provinz anzuweisen, nach diesen Grundzügen — soweit nicht anderweitige Anordnungen der zuständigen Militärbehörden entgegenstehen — zu verfahren. Die Hellschreiberstellen kommandierenden Generale, Gouverneure usw. bitte ich von dem Inhalte dieses Erlasses zu verständigen. Es wäre außerordentlich erwünscht, wenn auch die Zensur unmittelbar ausübenden militärischen Dienststellen nach diesen Grundzügen verfahren würden."

**Mitgliedchaftsjubiläum im Hilfsarbeiterverbande.** Das Organ des Verbandes der Buch- und Steinbruckerhilfsarbeiter und -arbeiterinnen, "Solidarität", erhebt mit seiner Nr. 15 vom 10. April im Festgewande. Anlaß dazu hat die fünfundsanzigste Wiederkehr des Gründungstages von zwei der größten Mitgliedschaften dieses Verbandes, und zwar jener von Berlin und Hamburg. In einem größeren Beiratsartikel wird der Werdegang der beiden Mitgliedschaften und damit zugleich auch ein lüchliches Stück Verbandsgeschichte geschildert. Wie ein roter Faden zieht sich der Einfluß der Gewerkschaft durch die Geschichte der beiden Mitgliedschaften. Erfolg oder Mißerfolg der Gewerkschaft in ihren eigenen Bestrebungen warf Licht und Schatten auch auf die organisatorischen Wege der Hilfsarbeiter. Wenn man berücksichtigt, wie schwer es ist, das außerordentlich fluktuierende weibliche Element für die harte Arbeit organisatorischen Ringens auf wirtschaftlichem Gebiete zu gewinnen, ebenso die Ungebildetheit jugendlicher Arbeitskräfte in Betracht zieht und nicht zuletzt auch die selbsttätigen technischen Veränderungen in den Maschinenrollen durch die Anlageapparate usw. in gebührender Weise würdigt, dann muß man die segensreiche Kulturarbeit des Hilfsarbeiterverbandes im allgemeinen wie auch die der einzelnen Mitgliedschaften ganz besonders hochschätzen. Wir wünschen daher der Gesamtorganisation wie auch den beiden Jubiläumvereinen für die Zukunft weiteres Gelingen und Gedeihen!

**Rechtliche Nachteile ungenügender Fachausbildung.** Nach einem Bericht im „Allgemeinen Anzeiger für Druckereien“ hat das Berliner Gewerbegericht ein Verbot wegen des Mangels völliger Berufsausbildung als Grund zu sofortiger (sühndigungsloser) Entlassung anerkannt. Der in Frage kommende Arbeiter hatte verheimlicht, daß er nicht die volle gewerkschaftliche Lehrzeit bestritten hat, sondern vor deren Ablauf bei einer anderen Firma ein Arbeitsverhältnis als Gehilfe eingegangen war. Nach § 123 des Bürgerlichen Gesetzbuchs wurde darin eine rechtswidrige Handlung erblickt und dementsprechend die Forderung auf Lohnentschädigung für die Aushildungsfrist abgewiesen.

**Zuständigkeit tarifvertraglicher Instanzen für Unorganisierte.** Auf Grund des für das Brauergewerbe abgeschlossenen Tarifvertrags klagte ein nichtorganisierte Arbeiter in Köln vor dem Gewerbegericht auf Einzahlung einer achtstägigen Aushildungsfrist oder entsprechende Lohnentschädigung. Der Vertreter der angeklagten Brauerei bestritt unter Hinweis auf die am Orte vorhandenen tarifvertraglichen Schlichtungsinstanzen die Zuständigkeit des Gewerbegerichts. Der Kläger weigerte sich jedoch, das tarifliche Einigungsamt anzurufen, weil er keiner der vertragsschließenden Parteien angehöre. Das Gericht wies hierauf die Klage wegen Unzuständigkeit ab. Da der Kläger sich in seiner Klage selbst auf den Tarif beruft, mußte er sich auch den Bestimmungen über die Erledigung der Streitfälle unterwerfen, um so mehr, als er auch zu den tariflichen Bedingungen beschäftigt gewesen ist.

**Warenpreis und Konkurrenz im Kleinhandel.** Im allgemeinen nimmt man an, daß die freie Konkurrenz dazu beitrage, die Warenpreise auf ihr sogenanntes natürliches Maß zu reduzieren. Diese Auffassung findet ihre Bestätigung auch meist überall, wo die Konkurrenz wirklich frei ist nach allen Seiten, d. h. wo nicht nur der Verkäufer gezwungen ist, sich nach der Konkurrenz zu richten,

sondern wo auch der Käufer in der Lage ist, die Marktbedingungen vollständig zu übersehen und seine Einkäufe danach einzurichten. Das letztere trifft aber nun in den seltensten Fällen zu. Nur so ist es zu erklären, daß besonders die im Kleinhandel stark vorhandene Konkurrenz in keiner Weise dazu beiträgt, die Warenpreise zu verbilligen. Noch niemals haben so viele Leute in sich den Beruf zum Händler entdeckt wie augenblicklich. Um den Verkauf von Boden, Linsen, Erbsen, Reis, Kartoffeln und andre Lebensmittel und Gebrauchsgüter reihen sich seit Kriegsausbruch alle möglichen Leute, die sonst mit dem Warenhandel nichts zu tun haben. Die Zahl der Händler hat durch sie eine sehr bemerkbare Vermehrung erfahren, aber wer möchte sich mit der Behauptung lächerlich machen, die jetzt größer gewordene Konkurrenz unter den Händlern habe den Warenpreis verbilligt? Auch bei den zerstreut wohnenden und auf nächste Kundtschaft angewiesenen Kleinhändlern findet eine Preis Konkurrenz nur in geringem Umfange statt, zumal Preisverabredungen gar nicht selten sind. Die Händler Konkurrenz birgt nicht eine Tendenz zu allgemeiner Verbilligung, sondern im Gegenteil zur Verteuerung in sich. Konkurrenz kann ja ihrem Wesen nach nur dann verbilligen, wenn zugleich eine diese Verbilligung bedingende und ermöglichende Verbesserung der Technik zugrunde liegt. Die Fabrikation mit der Maschine kann gegenüber dem Handwerke verbilligen, das Warenhaus kann gegenüber dem Händler verbilligen, nie aber, wenn man aus Ganzes sieht, der Händler gegenüber dem gleichstufigen Händler. Eine Vermehrung der Händlerzahl über das Vermehrungsverhältnis der Bevölkerung hinaus stellt vielmehr volkswirtschaftlich denselben Prozeß dar, wie wenn ein Gemeinwesen der Maschinenarbeit wieder zu der mehr Arbeitskräfte in Anspruch nehmenden Handarbeit übergeben wolle. Wir sehen also, daß es sich bei der sogenannten Händler Konkurrenz gar nicht um wirkliche Konkurrenz handelt. Auch die über das Bedürfnis hinausgehende Zahl der Kleinhändler sucht den Ausgleich im Widerstreite mit den andern Händlern endgültig im Preise der Ware. Die Konkurrenz erwächst dem alten Kleinhandel nur in jener Form der Güterverteilung, die technisch über ihn hinausgeht. Das ist bei den modernen Konsumgenossenschaften der Fall. Betrachtet man sie als Konkurrenz für den alten Kleinhandel, so ist auch die Antwort auf die oft gestellte Frage leicht zu geben, warum die Konsumvereine preisregulierend wirken.

**Die eigentliche Triebfeder des Handels.** Die Volkswirtschaft soll den Bedarf des Volkes an Gebrauchsgütern decken. Sie vollzieht zu diesem Zweck alle die Handlungen, die unter die Begriffe Güterherstellung und Güterverteilung fallen. Alle diese Handlungen aber stehen unter dem Geleite vom kürzesten Weg oder vom Aufwande des geringsten Aufwandes an Kraft. Findet dieses Geleite einmal keine Beachtung, so ist der wirtschaftliche Vorgang fehlerhaft, der Volkswirtschaft ist ein ihr an sich fremder Zweck gesetzt. Dieser fremde Zweck ist in den Bestrebungen zu erkennen, die durch den Krieg gesteigerten Schwierigkeiten zur Sicherstellung der Volksernährung zur Erlangung von Gewinnen auszunutzen, an welchen Bestrebungen recht große Teile des Handels beteiligt sind. Solange der Handel freie Hand hat, deckt er zwar auch den Bedarf der Bevölkerung, aber ihm ist diese Bedarfsdeckung durchaus nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zu dem Zweck, möglichst große Handlungsgewinne zu erzielen. Die Richtigkeit dieser Wahrnehmung zeigt sich dann sofort, wenn einmal die Freiheitlichkeit des Handels eingeschränkt wird. Die Höchstpreise liegen zum Beispiel die Kartoffeln in größerem Umfang aus dem Handel ausschneiden, als etwa durch wirkliche Kartoffelknappheit erklärt werden könnte. Die Kartoffeln kamen aus ihrem Versteck hervor, als ihr Verkauf lohnender wurde. Die Bedarfsdeckung allein war eben nicht stark genug, den Handel zur Tätigkeit zu veranlassen. Erst in der Begleitung des Gewinns lockt den Handel die Deckung des Bedarfs. Daß eine Güterverteilung zum Zweck der Bedarfsdeckung ohne Handlungsgewinn möglich ist, lehrt das Dasein der Konsumgenossenschaftsbewegung. Sie zu benutzen, ist allen empfohlen, die an Kriegsgewinnen und Kriegswucher Argernisse nehmen.

## Opfer des Krieges wurden:

- Aus Ansbach: Hans Mahl (Dr.).
- Aus Arnberg: Johann Schüttler (S.).
- Aus Althausen: Gustav Schneider (S.).
- Aus Berlin: Otto Jabel (Dr.); Karl Schmidt (St.).
- Aus Bunsau: Karl Rohlf (S.).
- Aus Chemnitz: Kurt Reichel (Dr.); Oskar Wünsch (S.).
- Aus Dessau: Benedikt Reil (S.).
- Aus Düsseldorf: Adolf Söck (S.).
- Aus Erfeld: Artur Teß (S.).
- Aus Essen: W. Wohlfahrt.
- Aus Gera: Max Gebner.
- Aus Glatz: Franz Seyer (Dr.).
- Aus Glöckstadt: Eugen Dietale (S.).
- Aus Gotha: Fritz Perle (S.).

- Aus Halle a. S.: Ernst Noack (Dr.); Willi Hädicke.
- Aus Hamburg: Paul Hornburg (Dr.).
- Aus Hirschberg i. Schl.: Rudolf Schneider (S.).
- Aus Karlsruhe: Friedrich Kistner (S.); Gustav Sachs (M.-S.).
- Aus Kassel: Suttus Köhler.
- Aus Kötzen: Paul Maslow (S.).
- Aus Krefeld: Hubert Weber (S.).
- Aus Leipzig: Georg Verdermann (Dr.); Adolf Abt (Schw.); Albert Pelt (S.); Paul Becker (St.); Richard Brauer (St.); Hermann Fuß (S.); Robert Geppert (Dr.); Otto Hansen (Dr.); Robert Heinrichs (Dr.); Otto Hendrich (Dr.); Oskar Henschel (Dr.); Willi Heuberger (Dr.); Franz Niedermeyer (S.); Willi Rayß (Dr.); Alfred Schwarze (S.); Fritz Schierbach (S.).
- Aus Lissa i. P.: Johann Gluk (S.).
- Aus Magdeburg: Adolf Dietrich (S.).
- Aus Mainz: Wilhelm Giesfried (S.).
- Aus Memel: Erich Kähke (S.); Otto Barfenwerfer (S.).
- Aus Milhausen i. Elb.: Fedor Mira (M.-S.).
- Aus Münster: Hubert Sädker (S.); Salpar Scho (S.).
- Aus Neheim: Johann Voh (Dr.).
- Aus Neustadt a. d. S.: Fritz Hanpach.
- Aus Perleberg: Paul Stempel.
- Aus Reichersbach i. B.: Paul Hermann Arnold (Dr.).
- Aus Saarbrücken: Fritz Reiter (M.-S.).
- Aus Schwerte: Rudolf Emil Reichel (M.-S.).
- Aus Stuttgart: Hermann Frey (S.).
- Aus Stralburg i. Elb.: Johann Bastian; Karl Felig; Karl Hofmann; Ernst Weiß.
- Aus Verdau: Reinhard Schödel (Dr.); Alfred Willi Fischer (Dr.).

(S. = Seher, M.-S. = Maschinenseher, Dr. = Drucker, Schw. = Schweizerdegen, S. = Seher, St. = Stenotypist, F. = Faktor, P. = Prinzipal. Die aufgeführten Städte geben den letzten Konduktionsort an.)

## Briefkasten.

F. R. aus L.: Für großen Schreibbrief vielen Dank und froh. Grüße! — M. L. in M.-G.: 1. Inzwischen wohl angekommen. 2. Ja, aber unter ganz andrer Überschrift. — S. W. Schl.: Empfang wird mit großem Vergnügen befristet. Den Welschmerz auf bewußte Weise zu verschmerzen, ist jedoch nicht rasam, wenn die Spuren dieses Mittels sich so sichtbar machen. Gelegentlich brieflich. — J. K. in M.-G.: So bringt der „Korr.“ also überall hin und verbreitet — dank einer solchen Nachhilfe — sein Licht. Freundl. Gruß! — M. L. in Lissa: 2,90 Mk. — D. B. in Neheim: 2,45 Mk. — M. Sch. in Hirschberg: 2,15 Mk.

## Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissostraße 511.  
Fernsprecher: Amt Aurfürst, Nr. 1191.

## Warnung.

Der Buchdrucker Heinrich Bauer aus M. Gladbach, der sich wiederholt Unterfützung erschwandelt hat und wegen Verurteilung und vollendeten Betrugs eine empfindliche Gefängnisstrafe verbüßen mußte, gab kürzlich der Polizeibehörde in Hensburg an, daß ihm seine Papiere, darunter das Verbandsbuch, gestohlen seien. Um neuen Betrügeren Bauers vorzugeben, erklären wir hiermit, daß dieser schon seit langer Zeit nicht mehr Mitglied des Verbandes ist. Bei dieser Gelegenheit verweisen wir nochmals darauf, daß die Funktionäre, um sich vor Schaden zu bewahren, einem Verleumdung ohne Aufklärungsbuch weder Unterfützung noch Vorwurf zahlen dürfen.

Der Verbandsvorstand.

Beitrag Aller-Weiser. Das Aufstellungsbuch des Sehers Friedrich Schmidt (Hauptbuchnummer 31438, Nordwest 1207) ist angeht auf der Post verloren gegangen. Sch. erhielt ein neues Buch (Nordwest 1903) ausgefüllt. Das erste Buch wird für ungenügend erklärt und ist im Aufstellungsbuch für die Hauptverwaltung einzuliefern.

## Jur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelagte Adresse: Im Gau Frankfurt-Oeffen der Schweizerdegen Robert Appel, geb. in Hamburg 1892, ausgestellt in Kiel 1912; war schon Mitglied. — C. Dominé in Frankfurt a. M., Wielandstraße 2 III. Im Gau Hannover 1. der Seher Otto Steinmann, geb. in Seelen a. S. 1896, ausgestellt, daß 1914; die Maschinenseher 2. Arno Fußschneurer, geb. in Wittenberg (S.-M.) 1896, ausgestellt, daß 1915; waren noch nicht Mitglieder; 3. Heinrich Kölling, geb. in Herrenhausen 1890, ausgestellt in Hannover 1910; war noch nicht Mitglied. — G. Wittingen in Hannover, Emilienstraße 3. Im Gau Mittelrhein der Seher Johann Pfeiffer, geb. in Rammelsbach (Wala) 1884, ausgestellt in Kufel 1902; war schon Mitglied. — Heinrich Fuhs in Mannheim, Poststraße 8. Im Gau Osterreich-Thüringen 1. der Drucker Kurt Uhlmann, geb. in Triptis (Schl.), ausgestellt, daß

1914; 2. der Seher Walter Meyer, geb. in Alfenburg, ausgel. in Rudia (S.-M.) 1914; 3. der Schweizerdegen Joseph Riedl, geb. in Biesling (Bayn.), ausgel. in Siffmönning (Oberbayern) 1914; waren noch nicht Mitglieder. — Emil Prox in Weimar, Raffenstr. 44 111.

Im Gau An der Saale der Seher Anton Obermeier, geb. in München 1889, ausgel. in Wegscheid 1906; war schon Mitglied. — Hugo König in Halle a. S., Kl. Klausstr. 7 I.

Im Gau Rheinland-Westfalen der Seher Hermann Hartkopf, geb. in Neuwerk 1895; ausgel. in M. Glad-

bach 1913; war noch nicht Mitglied. — Emil Albrecht in Köln, Gereonshof 28.

**Arbeitslosenunterstützung.**

Blauen i. W. Das Amt des Reichskassenerwalters übernimmt bis auf weiteres Kollege Alfred Rudowsky, Westlinstraße 38. Die Auszahlung erfolgt von 5/4 bis 6 Uhr in dessen Wohnung.

**Verammlungskalender.**

Hannover-Buchholz, Verammlung Sonnabend, den 17. April, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslohnale.

Bremen, Verammlung Sonnabend, den 17. April, abends 8 1/2 Uhr, im Generalkonferenzhaus, Parliamentsstraße.  
 Dresden, Maschinenlehre Verammlung Sonntag, den 18. April, vormittags 10 1/2 Uhr, in Adams Restaurant, Hauptstraße 16.  
 — Stereotypen- und Galvanoplastiker Verammlung Sonntag, den 18. April, vormittags 10 1/2 Uhr, in Schnabls Gasthaus, Kleine Plauenische Gasse 2.  
 Düsseldorf, Maschinenlehre Verammlung Sonntag, den 18. April, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Karlshäuser Hof“, Karolaplatz.  
 Halle a. S., Verammlung Sonnabend, den 17. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Lieblich-Brau“, Gr. Berlin.  
 Kirchberg i. Schl., Verammlung Sonntag, den 18. April, vormittags 10 Uhr, im „Schwarzen Adler“, Bübner Burgstraße 33.  
 Neubabenberg, Verammlung Sonnabend, den 17. April, in der „Friedensburg“, Buchstraße 32.

**Mehrere Leipziger Schriftseher**

(für Anzeigen, Werk, Zeitung) suchen Kondition nach auswärts. Offerten unter „Auswärts 111“ an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

**Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin**

Auf Antrag des Kassenvorstandes hat das Versicherungsamt der Stadt Berlin in seiner Sitzung vom 24. März d. J. beschlossen, daß die im § 17 Absatz 1 Nr. 2, § 17 Absatz 5 und § 29 der Satzung bezeichneten Mehrleistungen vom Tage der Zustellung des Beschlusses (dem 30. März) ab wieder gewährt werden dürfen.

Hierzu wird neben dem bereits früher genehmigten Mehrleistungen seit dem 30. März d. J. das Krankengeld vom ersten Tage der Arbeitsunfähigkeit (nicht erst vom vierten Krankheitsstage) ab auf die Dauer von 52 Wochen gezahlt. Voraussetzungen hierfür ist eine dreizehnwöchige Mitgliedschaft und Beitragszahlung.

Ferner wird als Sterbegeld beim Tod eines Mitgliedes das Dreifache, und wenn das Mitglied ununterbrochen länger als 13 Wochen der Kasse angehört und Beiträge gezahlt hat, das Vierfache des für die einzelnen Lohnstufen festgesetzten Grundlohns, mindestens aber ein Betrag von 50 M. gezahlt.

Hierdurch ist gleichzeitig das Sterbegeld für Familienangehörige entsprechend den Bestimmungen der Satzung erhöht worden.

Berlin, 12. April 1915.

Der Vorstand:

Artur Scholem, Vorsitzender. Max Ebel, Schriftführer.

**Widenerseher**  
 der auch ausschließliche Korrekturen lesen kann, zum baldigen Antritt gesucht. [114]  
 „Stegener Anzeiger“, Stegner.

**Inferatenseher und Metteur**  
 zum baldigen Antritt gesucht. [128]  
 „Bad Nauheimer Zeitung“.

**Stempelseher**  
 der eventuell vulkanisieren kann, zum möglichst baldigen Antritt gesucht. [96]  
 Max Reich, Stempelfabrik, Breslau I, Ring 55.

**Lindtenseher**  
 für dauernde Stellung stellt ein. [123]  
 Rosenthal & Co., Berlin, Alt-Moabit 105.

**Typographseher**  
 möglichst militärfrei, in einfache Tageslohn zum baldigen, eventuell sofortigen Antritt gesucht. [127]  
 Hofbuchdruckerei Ludwig Wagner, Bad Nauheim.

**Typographseher**  
 gesucht. Angenehme Stellung, Antritt nach Belieben. „Münchener Zeitung“, München I, 28g.

**Maschinenmeister**  
 und tüchtige [105]  
**Schriftseher**  
 für Werkfabrik sofort gesucht.  
 C. Brügel & Sohn  
 Ansbach (Bayern).

**Maschinenmeister**  
 auch Offern Ausgelernter, der an äußeres Arbeiten gewöhnt ist, zuverlässig im Werkdruck, wird sofort eingestellt. Demselben ist reiches Gelegenheit zur Weiterausbildung geboten, namentlich im Bilderverdruck. [4]  
 Großsch (Bez. Leipzig).  
 G. Reichardt, Buchdruckerel.

**Stereotypiepapiere**  
 in allen Formaten. Matrizenpulver (nur eigenes Fabrikat) 100 Kilo 40 M. Druck- und Präparat- und Matrizenmaterial im 1881 gegründeten Spezialgeschäft 5. Andreßen & Sohn, Hamburg 11.

**Flotter Inferatenseher**  
 28 Jahre, militärfrei, auch sonst in allen andern Branchen firm, sucht Stellung, am liebsten in Schleswig-Holstein. Selbiger würde auch gern das Maschinenlesen erlernen. Antritt 14 Tage nach Engagement. Offerten unter L. N. 125 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Älterer Buchdrucker**  
 sah wie Druck tüchtig (Metteur), sucht sich, eventl. sofort, in Vertrauensstellung zu verändern. Kreis III bevorzugt. Offerten unter A. B. hauptpostlagernd Darmstadt. [115]

Wo kann junger Schriftseher in Leipzig die Monotype erlernen? Gesl. Angebote unter „Monotype 116“ an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Buchdruckerverein in der kgl. Haupt- und Residenzstadt Hannover**  
 Sonntag, den 25. April, vormittags 10 Uhr:  
**Ordentliche Generalversammlung**  
 im Saale des „Fleischerinnungshauses“. Der Vors.

**Graphische Fachklassen**  
 Buchdruck, Satz, Lithographie, Steindruck, Photomechanische Verfahren, Entwurf und Werkstatt-Ausbildung, Prospekte frei. Kunstgewerbeschule Barmen

Als Erinnerung an die buchgewerbliche Weltausstellung in Leipzig:  
**Rünstlerische Ansichtspostkarten**  
 vom Monument unseres Verbandes (2 Stück 15 Pf.).

**Album mit sämtlichen Ansichten**  
 von der Ausstellung des Verbandes. (Preis 40 Pf.).  
 Zu beziehen durch Georg Ebbich, Leipzig, Salomonstraße 8. (Wiederverkäufer erhalten Rabatt.)

**Der neue Duden**  
 Rechtsschreibung der deutschen Sprache nebst bedürftliches Hilfsbuch für Seher und Korrekturen, ist erschienen. Ladenpreis 2,50 M. (Porto 30 Pf.). Bestellungen an H. Stegl, München, Solikstraße 7.

**Berschleißbare Werkzeugkasten**  
 sowie sämtliche Werkzeuge für Maschinenmeister empfiehlt Kollege Max Boigt, Leipzig-Stöckerli, Papiermühlstraße 5 II. Preisliste gratis. [626]

**Adressen und Gedächtnis aus dem Feldzuge 1914/15**  
 von Emil Braasch, Wehrmann. Preis 40 Pf. 10 Exempl. portofrei. Frau Braasch, Berlin N, Kamerader Straße 18.

**Ählen, Binzetzen usw.** besteht man sehr vor- teilhaft vom Kollegen Robert Groß, Graph. Fachgeschäft, Halberstadt.

**H. MATHAEUS DESSAU**  
 Flossergasse 46  
 Katalog gratis u. fr.

Am 12. April verschied plötzlich unser werter Mitglied, der Druckerinvalide  
**Karl Seifert**  
 aus Breslau, im 78. Lebensjahre.  
 Ein ehrendes Andenken wird ihm gewahrt bleiben. [121]  
 Ortsverein Breslau.

Am 9. April verstarb nach langem, schwerem Leiden unser langjähriges Mitglied, der Korrektor  
**Kans Beyer**  
 im 37. Lebensjahre.  
 Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.  
 Berliner Korrektorenverein.

Der unheilvolle Krieg entriß uns unsern lieben Kollegen, den Seher [118]  
**Adolf Köch**  
 aus Golling, im Alter von 36 Jahren.  
 Sodann verstarb unser werter Mitglied, der Maschinenmeister  
**Joseph Wilberding**  
 aus Düsseldorf, im Alter von 27 Jahren.  
 Wir werden den so früh von uns Geschiedenen ein ehrendes Andenken bewahren.  
 Bezirksverein Düsseldorf.

Im Schilfengraben im Argonner-Wald fiel am 1. März im 21. Lebensjahr unser lieber Kollege, der Seher [112]  
**Artur Teich**  
 vom Ortsvereine Wald. Er wurde durch eine Granate getroffen und hatte einen augenblicklichen Tod.  
 Ein ehrendes Gedenken bewahrt ihm  
 Der Bezirksverein Elberfeld.

Am 7. April verschied nach längerem Leiden im Festungslazarett zu Glogau unser lieber Kollege, der Seher [111]  
**Johann Gjuk**  
 aus Wissa (Posen). Er war bis zu seiner Einberufung als Landsturmmann im Januar Vorsitzender unseres Ortsvereins. Wir vermissen mit ihm einen eifrigen Förderer unserer Bestrebungen und einen aufrichtigen, jederzeit hilfsbereiten Kollegen.  
 Ein ehrendes Gedenken bewahrt ihm  
 Der Ortsverein Wissa i. P.  
 Die Graphische Vereinigung Wissa i. P.

Im Festungslazarett Glogau verstarb nach langem Leiden unser in der Ausbildung zum Heeresdienste befindlicher Kollege, der Schriftseher [120]  
**Johann Gjuk**  
 Vorsitzender des Ortsvereins Wissa im Alter von 27 Jahren.  
 Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.  
 Bezirksverein Posen.

Im Lazarett zu Wülzingen verstarb nach schwerem Leiden unser liebes Mitglied, der Drucker [113]  
**Johann Böh**  
 Geseher im Landau-Inf.-Reg. Nr. 80 Inhaber des Ehrenkreuzes  
 37 Jahre alt. Wir verlieren in ihm einen treuen Freund und Kollegen, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.  
 Ortsverein Mehlheim.

Am 6. März fand in den Karpathen den Helbenlof für das Vaterland unser lieber Kollege, der Seher [117]  
**Rudolf Schneider**  
 aus Greiffenberg i. Schl., im Alter von 32 Jahren. Sein Andenken wird stets in Ehren halten  
 Der Bezirksverein Kirchberg i. Schl.

Von den Mitgliedern des Vereins Leipziger Buchdrucker- und Schriftsehergehilfen (Gau Leipzig, V. d. D. V.) erlitten den Tod auf dem Schlachtfeld  
 (Liste 6):  
 Abé, Adolf (Schw.), geb. in Jümenau i. Thür. 31./3. 1887.  
 Apell, Albert (S.), geb. in Plotha 14./3. 1878.  
 Becker, Paul (Galo), geb. in Leipzig-Neufelderhau 17./2. 1893.  
 Berdermann, Georg (Dr.), geb. in Leipzig-Plagwitz 20./8. 1877.  
 Brauer, Richard (St.), geb. in Leipzig-Thonberg 26./6. 1879.  
 Dietrich, Albert (S.), geb. in Reichenbach i. N. 29./7. 1883.  
 Frosch, Ernst (S.), geb. in Leipzig-Lindenau 15./12. 1879.  
 Fuß, Hermann (S.), geb. in Schönefeld 16./5. 1891.  
 Geppert, Robert (Dr.), geb. in Leipzig-Lindenau 5./7. 1886.  
 Günther, Max (Dr.), geb. in Leipzig-Stöckerli 18./12. 1884.  
 Hansen, Otto (Dr.), geb. in Leipzig 3./3. 1890.  
 Karnisch, Oskar (Dr.), geb. in Kirelchau 1./9. 1889.  
 Karkmann, Max (S.), geb. in Seitz 9./1. 1886.  
 Keinrichs, Robert (Dr.), geb. in Leipzig 3./11. 1889.  
 Kendorich, Oskar (Dr.), geb. in Leipzig-Volkmarisdorf 26./11. 1868.  
 Kenschel, Oskar (Dr.), geb. in Leipzig-Reudnitz 29./11. 1887.  
 Kenschel, Wilhelm (Dr.), geb. in Leipzig-Schönefeld 4./4. 1889.  
 Kühn, Alfred (Dr.), geb. in Leipzig-Lindenau 18./12. 1886.  
 Leipnitz, Artur (S.), geb. in Friedrichsberg 15./11. 1887.  
 Lindner, Willi (Dr.), geb. in Leipzig 1./1. 1886.  
 Mackh, Otto (Galo), geb. in Probstheida 2./1. 1893.  
 Neubert, Willi (Dr.), geb. in Leisnig 27./4. 1895.  
 Niedermeier, Franz (S.), geb. in Pöfing 4./9. 1890.  
 Peler, Karl (S.), geb. in Hannover 31./3. 1892.  
 Rayb, Willi (Dr.), geb. in Leipzig 23./9. 1887.  
 Rothmann, Otto (S.), geb. in Leipzig-Mochau 13./11. 1886.  
 Röhl, Paul (Dr.), geb. in Leipzig-Neufeld 20./5. 1891.  
 Schneider, Otto (S.), geb. in Leipzig-Gohlis 11./1. 1887.  
 Schuberl, Max (Dr.), geb. in Leipzig-Stöckerli 16./9. 1884.  
 Schwarze, Alfred (S.), geb. in Leipzig-Lindenau 6./11. 1894.  
 Thierbach, Fritz (S.), geb. in Leipzig-Thonberg 13./11. 1890.  
 Toppmann, Kurt (Dr.), geb. in Leipzig-Reudnitz 11./3. 1892.  
 Wagner, Kurt (S.), geb. in Leipzig-Volkmarisdorf 25./9. 1892.  
 Wernicke, Walter (S.), geb. in Leipzig-Connewitz 23./9. 1893.  
 Ehre Ihrem Andenken!